

Migration and Urbanisation in Asian Countries
 Symposium an der Technischen Hochschule Darmstadt
 18. Juni 1996

Aus Anlaß des Besuchs von Professor Amitabh Kundu, Jawaharlal Nehru University in New Delhi, beim Institut für Volkswirtschaftslehre der Technischen Hochschule Darmstadt fand am 18. Juni 1996 in Kooperation mit dem Südasieninstitut der Universität Heidelberg ein Symposium zum Thema „Migration und Urbanisierung in Asien“ statt, auf dem Experten aus Frankreich, den Niederlanden und Deutschland mit Prof. Kundu neue Ergebnisse aus dem Bereich der ökonomischen Urbanisierungsforschung diskutierten. Teil und Folge der starken Veränderungen in der nationalen und der globalen Wirtschaft, die die zweite Hälfte unseres Jahrhunderts beherrschen, ist die zunehmende Verstädterung besonders in Drittweltländern und damit verbundene Migrationsbewegungen: In Asien wird nach Angaben des Weltbevölkerungsberichts der UN die Anzahl der in Städten lebenden Menschen von ca. 1,2 Milliarden Menschen (1995) auf ca. 2,7 Milliarden (2025) steigen. Die Notwendigkeit, eine rasch zunehmende Zahl von Menschen in den urbanen Kontext zu integrieren und die wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen zu schaffen "für ein würdiges Leben in friedlichen Gemeinschaften" (Habitat II), bildete den Hintergrund der Veranstaltung.

Das Symposium wurde durch drei Themenkomplexe strukturiert und in Form einer Podiumsdiskussion zwischen den eingeladenen Experten unter aktiver Beteiligung des Auditoriums durchgeführt.

Migrations- und Urbanisierungstrends in Indien bildeten das Thema der ersten Diskussionsrunde mit Experten aus Paris, Heidelberg und New Delhi. Dr. J.-L. Racine, Ecole des Hautes Etudes en Sciences Sociales, Paris, vertrat die Auffassung, daß das Problem der Verstädterung in Indien in absoluten Zahlen zwar gravierend sei, daß das Land aber relativ gesehen (mit nur ca. 25 %) noch keinen hohen Verstädterungsgrad aufweise. Ein großer Teil der in Indien beobachtbaren Migration sei für das Urbanisierungsphänomen nicht relevant, da sie auf ländliche Gebiete beschränkt sei. Dem stand die Meinung gegenüber, daß sich dies gerade in den letzten Jahren grundlegend geändert habe, und das Problem immer rascher, immer größere Dimensionen annehme. Vor allem von den indischen Diskutanten wurde auf das regional sehr unterschiedliche Urbanisierungsmuster hingewiesen. Auch die Disparitäten zwischen einzelnen Regionen wurden betont: Einzelbeobachtungen sollten nicht vorschnell verallgemeinert werden.

Fragen der *Versorgung der Städte mit einer ausreichenden urbanen Basisinfrastruktur* und die Probleme der Segmentierung in asiatischen Metropolen bildeten den zweiten Arbeitskomplex, der von Wissenschaftlern aus Amsterdam, New Delhi und Kaiserslautern betreut wurde. Prof. G.A. de Bruyne, Universität Amsterdam, wies darauf hin, daß die Versorgung der asiatischen Städte mit Basisinfrastrukturen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, allgemein als sehr schlecht bezeichnet werden muß. Die Ursachen sind zumeist im Kompetenzwirrwarr der unterschiedlichsten Behörden und den divergierenden Interessen von Zentralverwaltungen, Regierungen der Bundesstaaten und lokalen Instanzen zu sehen. Die ungleiche Versorgung mit Infrastruktureinrichtungen und die Benachteiligung der Armutsquartiere begünstigen soziale Spannungen und erhöhen die Gewaltbereitschaft in den unterversorgten Gebieten, wo täglich um die lebensnotwendigen Güter wie Wasser und Strom gekämpft werden muß.

Dezentralisierung, ökonomische Liberalisierung und Privatisierung werden heute oft als Lösung angeboten. Die Vorzüge und Nachteile privater Träger zur Bewältigung urbaner Infrastrukturprobleme wurden ausführlich diskutiert. Dabei wurde von den meisten Teilnehmern die Privatisierung städtischer Dienstleistungen eher als eine Politik angesehen, die die Benachteiligung der unterprivilegierten Schichten verstärkt, da die Versorgungsleistungen zu Marktpreisen für die städtischen Armen unerschwinglich werden.

In diesem Zusammenhang wurde durch Prof. Kundu die Segmentierung urbaner Agglomerationen als ein wichtiges Problem identifiziert. Die räumliche und ökonomische Segmentierung geht einher mit einer immer schlechteren Versorgung der Armen mit den grundlegenden städtischen Infrastrukturleistungen wie Wasser, Müllentsorgung, Transport, Erziehung, Bildung etc. Die durch das faktisch herrschende politische Klientelssystem begünstigte Bevorzugung der reichen Stadtviertel zu Lasten der unterprivilegierten Quartiere führt in vielen Fällen zum Zusammenbruch urbaner Organisation und damit zu Hygiene- und Seuchenproblemen, zu sozialen Unruhen und hohen Kriminalitätsraten. Die Frage, ob urbane Segmentierungsprozesse als ein reines Organisationsproblem zu begreifen seien oder als Ausdruck sozialer Ungleichheit veränderter Prozesse der politischen Willensbildung bedürfen, konnte in der Diskussion allerdings nicht abschließend geklärt werden.

Community Participation und Fragen der Regierbarkeit von Städten bildeten den dritten Themenkomplex, der von Diskutanten aus Amsterdam, Kassel, Frankfurt und Nijmegen bearbeitet wurde. Dr. H. Schenk, Universität Amsterdam, diskutierte Formen angemessener städtischer Organisationsstrukturen, Fragen des Urban Managements und der Mit-

spracherechte der Einwohner. Die Ansätze der urbanen Zielgruppenpartizipation, wie sie im Rahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit favorisiert werden, kamen ebenso zur Sprache wie unterschiedliche ökonomische Aspekte der Gemeindeverwaltung und der informellen Wege des Verwaltungshandelns. Über das Ausmaß, in dem Nichtregierungsorganisationen in die urbanen Strukturplanungen eingebunden werden können und sollen, wurde in der Diskussion allerdings kein Konsens erzielt: Oft scheint es, als ob Initiativen, die von „reichen“ Gruppen getragen werden, eine emanzipatorische Entwicklung der Armen eher behindern als begünstigen.

Die Frage, ob eine menschenwürdige Urbanisierung notwendigerweise mit Demokratisierung verknüpft sei, ja, ob Demokratisierung nicht eine Grundvoraussetzung für das Funktionieren moderner Stadtstrukturen sei, wurde in der Diskussion intensiv aufgegriffen und unter Partizipationsaspekten neu aufgerollt. Der Auffassung, daß Stadtentwicklung immer auch mit der Entwicklung einer zivilen Gesellschaft mündiger Bürger verknüpft werden müsse, wurde die Gegenposition gegenübergestellt, ob funktionierende Stadtstrukturen u.U. gerade unter den Bedingungen einer autoritären Herrschaft entstehen könnten. Diese Kontroverse wurde vom Auditorium mit viel Engagement geführt und abschließend zugunsten der Forderung nach Demokratisierung und der Herausbildung einer eigenverantwortlichen Zivilgesellschaft auch in den Großstädten der Dritten Welt abgeschlossen.

Heiko Körner

14th Conference on Modern South Asian Studies Copenhagen, 21st–24th August 1996

Kopenhagen war Veranstaltungsort der *14th Conference on Modern South Asian Studies*, die von der Universität Kopenhagen in Zusammenarbeit mit dem Nordic Institute for Asian Studies (NIAC) und der Lund Universität durchgeführt wurde. Mehr als 250 Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen aus West- und Osteuropa sowie aus Nordamerika und Südasien kamen für vier Tage in der dänischen Hauptstadt zusammen. In 20 Panels, die teilweise noch untergliedert waren, wurden neuere Forschungsarbeiten aus den verschiedenen Bereichen der Literatur, Geschichte, Sprach-, Religions- und Politikwissenschaft Südasiens vorgestellt und diskutiert.